

Pressemitteilung vom 08.02.2010

Deutsche PISA-Daten 2006 sprechen eindeutig gegen sechsjährige Grundschule

Meidinger: Brandenburg ist in Sachen Bildungsgerechtigkeit das "schwarze Schaf" in Deutschland

Gegen die immer wieder von Bildungspolitikern und auch in einigen Medien wiederholte Behauptung, die PISA-Daten unterstützten eine Verlängerung der Grundschuldauer, hat sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPbV), Heinz-Peter Meidinger, in Berlin anhand aktueller PISA-Vergleichsuntersuchungen gewandt.

Dabei erinnerte er daran, dass gerade diese These bei den Verhandlungen um die verpflichtende Einführung der Primarstufe von den Reformbefürwortern immer wieder bemüht werde. Der Verbandschef verwies darauf, dass bei der Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2006 erstmals auch ein Vergleich zwischen den Bundesländern vorgelegt worden sei, der die Veränderungen hinsichtlich sozialer Disparitäten bei Kompetenzerwerb und Bildungs-beteiligung im Zeitraum zwischen PISA 2000 und PISA 2006 dokumentiere. Dies seien die wichtigsten Kenngrößen für den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, also für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.

"Ein Blick auf das einzige Bundesland, das in diesem Zeitraum eine verpflichtende sechsjährige Grundschule hatte, Brandenburg, fördert Erstaunliches zutage. Nicht nur, dass sich in Brandenburg der Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Bildungserfolg (Steigung des sozialen Gradienten) im Berichtszeitraum 'signifikant' erhöht hat, auch in der Lesekompetenz konnte eine 'tendenzielle Zunahme der sozialen Unterschiede' festgestellt werden. Das Autorenteam um Prof. Baumert stellt in dieser Vergleichsuntersuchung außerdem fest, dass sich deutschlandweit lediglich in Brandenburg der 'Gymnasialanteil für Schülerinnen und Schüler der oberen Dienstklasse statistisch bedeutsam erhöht' habe. In keinem Bundesland mit vierjähriger Grundschule liegt außerdem die Gymnasialbeteiligung von Oberschichtkindern so hoch wie in Brandenburg, nämlich bei 63 Prozent", betonte Meidinger.

Der DPbV-Vorsitzende bemühte auch die in dieser Vergleichsuntersuchung dargestellten Daten für die Chance eines Arbeiterkindes im Vergleich zu Kindern aus der oberen Dienstklasse, das Gymnasium zu besuchen. Diese Chancen hätten sich von 2000 bis 2006 bei gleicher Lesekompetenzstufe in Brandenburg von 1 : 1,9 auf 1 : 4,3 verschlechtert. Damit gehöre Brandenburg nicht nur zu den drei Ländern mit den schlechtesten Aussichten für Arbeiterkinder, ein Gymnasium zu besuchen, sondern stelle auch den absoluten Negativrekord auf, was die Verschlechterung der sozialen Chancengerechtigkeit im Vergleichszeitraum betrifft (minus 2,4), während sich beispielsweise Bayern um den Faktor 3,8 verbessern konnte.

Meidinger zog folgendes Resümee: "Auch wenn es sicher unzulässig ist, die Zunahme der Bildungsungerechtigkeit in Brandenburg allein auf die längere Grundschulzeit zu schieben, welche viele bildungsinteressierte Eltern offensichtlich dazu antreibt, sich noch intensiver um den Bildungserfolg ihrer Kinder zu kümmern, kann man doch feststellen, dass eine längere Grundschulzeit in Deutschland keinerlei positiven Effekte hinsichtlich mehr sozialer Chancengerechtigkeit bzw. größerer Leistungsstärke hat. Im Gegenteil: Die soziale Schere geht weiter auf! Brandenburg mit seiner längeren Grundschulzeit ist das schwarze Schaf in Sachen Bildungsgerechtigkeit in Deutschland."

Der DPhV-Bundesvorsitzende plädierte deshalb nachdrücklich dafür, von einer verpflichtenden zwangsweisen Einführung der Primarschule in Hamburg in jedem Fall abzusehen, sondern stattdessen nach einem angemessenen Zeitraum die Ergebnisse der freiwilligen Starterschulen intensiv zu evaluieren. "Verfehlte Schnellschuss-Experimente der Bildungspolitik auf Kosten der Kinder als wehrlose Versuchskaninchen haben wir in Deutschland schon genug gehabt!", sagte Meidinger.

Chance eines Facharbeiterkindes im Vergleich zu Kindern der oberen Dienstklasse, das Gymnasium zu besuchen bei gleichen Lesekompetenzen

Bundesland	Veränderung	PISA 2000	PISA 2006
<i>Baden-Württemberg</i>	+ 0,8	1: 3,2	1: 4,0
<i>Bayern</i>	- 3,8	1: 6,5	1: 2,7
<i>Brandenburg</i>	+ 2,4	1: 1,9	1: 4,3
<i>Bremen</i>	+ 0,2	1: 3,0	1: 3,2
<i>Hessen</i>	+ 0,7	1: 2,7	1: 3,4
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	- 1,7	1: 4,0	1: 2,3
<i>Niedersachsen</i>	- 0,2	1: 5,0	1: 4,8
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	+ 1,4	1: 3,1	1: 4,5
<i>Rheinland-Pfalz</i>	- 2,5	1: 5,1	1: 2,6
<i>Schleswig-Holstein</i>	- 2,9	1: 5,8	1: 2,9
<i>Saarland</i>	+ 0,6	1: 3,5	1: 4,1
<i>Sachsen</i>	- 0,6	1: 2,2	1: 2,8
<i>Sachsen-Anhalt</i>	- 0,1	1: 3,1	1: 3,0
<i>Thüringen</i>	- 0,8	1: 3,0	1: 2,2

Autor: Eva Hertzfeldt, presse(at)dphv.de